

Antrag Nr. 12-F-33-0081
CDU + SPD

Betreff:

Gewaltfreie Politik

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 12.06.2012 -

Antragstext:

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 16. April 2012 wurde berichtet, dass die Wiesbadener Stadtverordnete Manuela Schon (LINKE & Piraten) im Zusammenhang mit der Anti-Kapitalismus-Demonstration in Frankfurt zu folgendem Facebook-Eintrag den Knopf „Gefällt mir“ anklickte:

„Gewalt wurde an diesem Tage ausgeübt, gegen Schicki-Läden, gegen Bonzen-Herbergen, gegen die EZB. Und ist das denn nicht legitim? Ist es nicht unser Recht, ja geradezu unsere Pflicht, aufzustehen gegen diese Zustände, die immer unerträglicher werden? Was hat denn jeglicher friedliche Protest bisher bewirkt. Nur weitere Verschlechterungen.“

Eingedenk dieser Vorbemerkung möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab.

Wiesbaden, 12.06.2012

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Sven Gerich
Fraktionsvorsitzender
(SPD-Fraktion)